

03.02.2016

Sehr geehrter Herr Stahl,

auf zwei Veranstaltungen im Juli und September 2015 wurden die Bürgerinnen und Bürger von Bernau-Waldfrieden informiert, dass in ihrem Ortsteil zwei Übergangwohnheime entstehen werden. Wir wurden darüber informiert, dass im ehemaligen Seniorenheim 130 Asylsuchende und in der ehemaligen Waldarbeitsschule zunächst 80 Asylsuchende untergebracht werden sollen. Für die ehemalige Waldarbeitsschule wurde außerdem eine Aufstockung der Kapazität auf 150 Plätze für 2016 angekündigt. Von Neubauten war keine Rede.

Nun wurde in mehreren Zeitungsartikeln der letzten Tage dargestellt, dass das evangelische Jugend- und Fürsorgewerk (EJF) bis Dezember 2016 einen Neubau für ein Übergangwohnheim für Asylsuchende gegenüber der ehemaligen Waldarbeitsschule errichten will. Erste Abriss- und Baumfällarbeiten sollen bereits in dieser Woche stattfinden.

Da wir nicht wissen, ob diese Nachricht von der Presse lediglich kolportiert wurde, haben sich Frau Anders und Herr Bernatzki versucht im Rathaus zu informieren. Die Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes waren nicht auskunftsfähig und ein Gespräch mit der stellvertretenden Bürgermeisterin Frau Waigand ergab, dass die Stadt von dieser Nachricht auch nur über die Zeitungsartikel erfahren hat.

Wir bitten Sie dringend, uns kurzfristig über den Wahrheitsgehalt der Zeitungsberichte und das weitere Vorgehen der Stadt Bernau zu informieren. Außerdem erwarten wir von Ihnen, dass die für das oben genannte Bauvorhaben gesetzlich vorgesehenen Anhörungs- und Beteiligungsrechte der Bürgerinnen und Bürger konsequent umgesetzt und keine Entscheidungen im „stillen Kämmerlein“ getroffen werden.

Weiterhin fordern wir Sie auf, in Ihrer Verantwortung als Bürgermeister auf Ihren Parteigenossen und Stadtverordneten Herrn Gemski einzuwirken. Denn angesichts der oben geschilderten Entwicklung erscheint es mehr als fragwürdig, wenn auf den Internetseiten der LINKEN kommuniziert wird, dass Menschen als sehr boshaft und neofaschistisch bezeichnet werden, weil sie behaupten, dass weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende im Waldfrieden geschaffen werden sollen. Wir zitieren dazu aus einem öffentlich zugänglichen Antwortbrief von Herrn Gemski aus dem Januar 2016: *„...Alle Behauptungen dass weitere Unterbringungsmöglichkeiten in Waldfrieden (z.B. das demnächst schließende Karibu-Werk) bereitgestellt werden, entbehren jeglicher Grundlage und haben einen z.T. sehr boshafte Hintergrund. Das sind typische Gerüchte, wie sie von neofaschistischen Kräften gestreut werden. ...“*. Wir prüfen momentan, ob diese Aussagen strafrechtliche Relevanz haben.

Unsere Initiativgruppe steht einer weiteren Erhöhung der Unterbringungsmöglichkeiten für Asylsuchende in Waldfrieden kritisch gegenüber. Wir denken, dass mit der momentanen Anzahl an Asylsuchenden in Waldfrieden die Belastungsgrenze bereits erreicht ist. Die Errichtung weiterer Unterbringungsmöglichkeiten in Waldfrieden fördert eine Ghettobildung und steht sowohl dem Integrationsgedanken als auch dem Verständnis vieler Einwohnerinnen und Einwohner des Waldfrieden diametral entgegen.

Die Unterbringung der Asylsuchenden nur nach Sachzwängen muss beendet werden. Es müssen auch Faktoren wie Einwohnerzahl, Fläche, soziale Stärke und Infrastruktur bei der Unterbringung und Integration von Asylsuchenden berücksichtigt werden. Mittelfristig erwarten wir von den Verantwortlichen der Stadt und des Landkreises eine Verteilung der Asylbewerber in Bernau nach diesen Faktoren. Das bundesweit bewährte Modell des Königsteiner Schlüssel sollte hierzu in angepasster Form auch für die Stadt Bernau angewendet werden.

Hochachtungsvoll

Jan Bernatzki

als Mitglied der Initiativgruppe Bernau-Waldfrieden